

Der fragwürdige Bürgergeld-Plan der Ampel

Es droht ein Defizit von 9,6 Milliarden Euro. Strengeres Vorgehen gegen Schwarzarbeit soll es jetzt richten

Es läuft nicht gut für Hubertus Heil. 2025 droht ein riesiges Defizit: Statt wie bisher ausgewiesenen 36 Milliarden Euro könnten die Bürgergeld-Ausgaben laut einem Medienbericht rund 9,6 Milliarden höher ausfallen. Das Bundesarbeitsministerium widersprach dieser Meldung.

VON JAN KLAUTH

Arbeitsminister Heil hofft, dass durch die Effekte der „Wachstumsinitiative“ mehr Menschen in Arbeit kommen und die Zahl der Bürgergeldempfänger dadurch sinkt. Um das anvisierte Einsparziel zu realisieren, müssten laut Bundesrechnungshof rund 600.000 Empfänger eine Arbeit aufnehmen. Das große Problem: Seit Einführung des Bürgergeldes geht es verlässlich in die falsche Richtung. Sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Menschen im Bürgergeld ist im Vorjahresvergleich deutlich gestiegen – und die miese Konjunktur macht das Ziel für die kommenden Monate umso unrealistischer.

Wie wacklig der Plan ist, zeigt auch die neue Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Demnach steigt 2025 die Zahl der Arbeitslosen abermals an, um weitere 60.000 Personen. Grundlage ist ein Szenario von 0,4 Prozent Konjunkturstückung. Dass gleichzeitig die Zahl der Bürgergeldempfänger stark sinkt, so wie es sich der Minister erhofft, wäre mindestens außergewöhnlich.

Was hingegen boomt, ist die illegale Beschäftigung. Zwar zeigen die offiziell ermittelten Delikte nur einen Bruchteil des tatsächlichen Ausmaßes. Nicht nur Vertreter der Handwerks- und Baubranche machen aber klar: Anstellungen, bei denen es nicht mit rechten Dingen zugeht, nehmen gerade deutlich zu. Das zeigen auch die Daten von Friedrich Schneider. Der Finanzwissenschaftler der Universität Linz prognostiziert jährlich das Volumen der illegalen Arbeit. Für 2024 kommt er auf gigantische 48 Milliarden Euro, das entspricht einem Plus von 8,5 Prozent zum Vorjahr und rund einem Zehntel der gesamten Wirtschaftsleistung.

Eine große Rolle dabei spielen Schneider zufolge auch Bürgergeldbezieher, insbesondere sogenannte Aufstocker. Das sind mehr als 600.000 Menschen, die meist in Teilzeit arbeiten, aber ergänzend Bürgergeld beziehen. Hier liegt einer der großen Schwächen des deutschen Sozialsystems: So wie die sogenannten Transferentzugsraten derzeit berechnet sind, lohnt sich die Ausweitung der Arbeitszeit nicht. Viel lukrativer, wenn auch illegal, ist der Schritt in die „ergänzende“ Schwarzarbeit. Genau hier will Heil eigentlich gegensteuern. Kurzfristig jedoch nicht mit einer Neuberechnung der Transferentzugsraten, sondern mit härterer Bestrafung derjenigen, die illegal arbeiten. Entsprechende Verschärfungen kündigte er im Nachgang an der Europawahl Anfang Juni an und konkretisierte sie wenig später in der „Wachstumsinitiative“.

Wie viele Bürgergeldempfänger der Schwarzarbeit bislang überführt wor-

den sind, bleibt dabei vage. Der zuständige Zoll ist ziemlich blank, wie sich auf Nachfrage zeigt. „In der Statistik der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) wird die Anzahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen Sozialleistungs Betrugs nicht weiter nach der Art der unrechtmäßig bezogenen Leistung (...) differenziert“, heißt es. Insgesamt leitete die FKS 2023 rund 74.000 Strafverfahren wegen Leistungsbetrugs ein. 2022 waren es mehr als 85.000 Verfahren. Die Gesamtzahl für 2024 werde erst im nächsten Frühjahr veröffentlicht. Zu Heils Plänen könne man sich überdies nicht äußern.

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) betont zwar, dass man Leistungsmissbrauch sehr ernst nehme. Jedoch kann die Behörde auf Nachfrage nicht sagen, wie viele Bürgergeldempfänger wegen Schwarzarbeit juristisch belangt wurden. Jedoch nennt sie Zahlen zu Verdachtsfällen. So wurden 2023 rund 39.000 Verfahren wegen des Verdachts auf Schwarzarbeit an die FKS abgegeben. 2022 waren es knapp 42.000 Fälle und 2024 bis einschließlich August dieses Jahres 24.704. Eine Sprecherin betont jedoch: „Es handelt sich um Verdachtsfälle, keine bestätigte Schwarzarbeit.“

Diese Zahlen zeigen: Viel „einzusparen“ wird bei illegal beschäftigten Bürgergeldempfängern mit Blick auf den Haushalt nicht sein, dafür sind die Dimensionen zu klein. Aus der Forschung jedoch ist zu hören, dass schon die Androhung härterer Sanktionen abschreckend und somit positiv wirkt. Seit Heils Ankündigung von Anfang Juni jedenfalls hat sich nicht viel getan. Die Behörde kann bisher nicht sagen, was sich nun in den einzelnen Arbeitsschritten ändert. „Aktuell liegt noch kein Referentenentwurf mit der konkreten Ausgestaltung der entsprechenden Regelungen vor.“ Man begrüßt aber die Bemühungen, Schwarzarbeit stärker zu bekämpfen.

Neben Branchen wie dem Bau oder den körpernahen Dienstleistungen wird vor allem in Privathaushalten illegal gearbeitet. „Die offizielle Anstellung von Haushaltshilfen als politisches Thema wird seit Jahren völlig unterschätzt“, sagt Marie-Christin Kamann, Geschäftsführerin von quitt Deutschland, einem digitalen Anbieter zur einfachen Anstellung und Abrechnung von Dienstleistungsbeschäftigten. Durch die Nutzung soll die aufwendige Papierarbeit für private Haushalte und Beschäftigte überflüssig werden.

„Geschätzt wird in 3,9 Millionen Haushalten schwarzgearbeitet“, sagt Kamann. Da die Politik bisher nicht aktiv eingreife, schaffe sie auch keine Anreize, das zu ändern. „Als Privatperson können Pflegekräfte, Haushaltshilfen und Co., auch oberhalb der Minijobgrenze, zwar privat angestellt werden, bei der Anmeldung und Abrechnung wird jedoch kein Unterschied zu Unternehmen gemacht“, kritisiert Kamann. „So entsteht für private Arbeitgeber ein großer bürokratischer Aufwand, der stattdessen eher zur Schwarzarbeit motiviert.“ Susanne Fersch kritisiert zudem, dass bei Minijobs die Arbeitszeit nicht erfasst wird. Das schaffe weitere Schlupflöcher.

Ludwigshafen, Leverkusen, Wolfsburg – Westdeutsche Großstädte stehen häufig für Industriekonzerne, die international operieren, mal mehr, mal weniger erfolgreich. Rostock, Schwerin oder Greifswald können keine vergleichbaren Großunternehmen vorweisen. Trotzdem oder gerade deshalb entwickelt sich die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern dieses Jahr deutlich besser als in den westdeutschen Bundesländern, in denen die BASF (Ludwigshafen), Bayer (Leverkusen) oder Volkswagen (Wolfsburg) zu Hause sind.

VON DANIEL ECKERT

Nach den jetzt vorgelegten Daten der Statistischen Ämter der Länder verzeichnete der Nordosten in der ersten Jahreshälfte (Januar bis Juni) als einziges Bundesland ein deutliches Plus der Wirtschaftsleistung: Mecklenburg-Vorpommern. Den Daten zufolge erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt (also der Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Zeitraum produziert wurden) in dem 1,6-Millionen-Einwohner-Land um 3,1 Prozent. Zum Vergleich: Deutschlandweit ging das reale BIP im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent zurück.

Das Land an der Ostsee steht damit 2024 einsam an der Spitze. Auffällig: Die einzigen anderen deutschen Bundesländer, die zwischen Januar und Juni ein nennenswertes Plus schafften, haben ebenfalls einen Zugang zum Meer: Hamburg mit 2,2 Prozent und Schleswig-Holstein mit 1,1 Prozent. Ökonomen halten das für mehr als einen Zufall. Beim Blick auf die Zahlen fällt die große Industrieschwäche auf. „Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein haben dieses Jahr wahrscheinlich einen kleinen Tourismus-Schub erlebt“, sagt Carsten Brzeski, Chefvolkswirt Deutschland der Großbank ING.

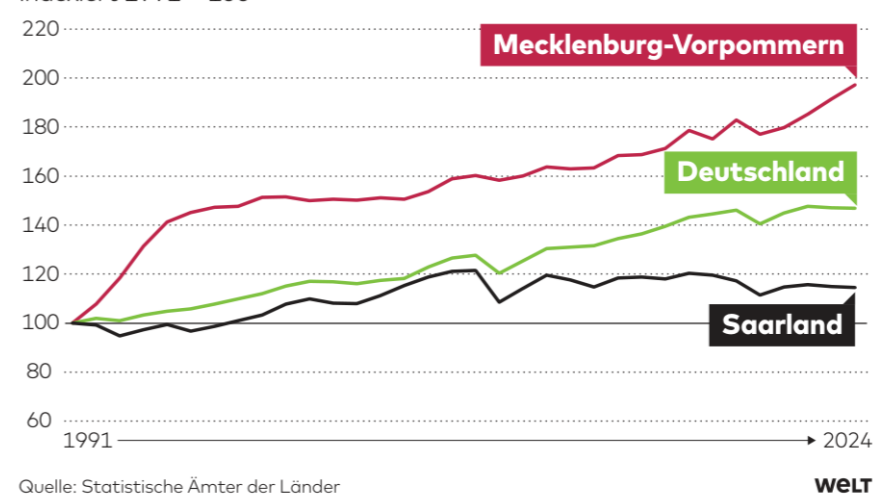
Tatsächlich zeigen Geschäftsklimabarometer wie der Ifo-Index, dass die Stimmung im Fremdenverkehrsbereich in letzter Zeit nicht so schlecht war wie an anderen Wirtschaftszweigen. Mecklenburg-Vorpommern konnte schon 2023 mit insgesamt 32,2 Millionen Übernachtungen den zweithöchsten Wert seit der Wiedervereinigung verbuchen, 2024 lockte der 250. Geburtstag des Malers Caspar David Friedrich viele Besucher in dessen Geburtsstadt Greifswald.

Der relativ gute BIP-Wert der Hafen- und Hansestadt Hamburg lässt sich aber schwer allein aus dem Tourismus erklären. Brzeski hat auch dafür eine Erklärung. „Die Hansestadt sollte im ersten Halbjahr noch von der leichten Erholung des Außenhandels profitiert haben.“ Allerdings hat er Zweifel, dass sich das im zweiten Halbjahr fortsetzen wird, zeigten die deutschen Export-Indikatoren zuletzt doch deutlich nach unten. „Mit diesem Boom dürfte es jetzt auch schon wieder vorbei sein.“

Insgesamt scheint die deutsche Wirtschaft in eine kritische Phase eingetreten. Der Binnenkonsum bleibt gedämpft, Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, und die Ausfuhr verschlechtern sich. Kommt es zu einer weiteren Konjunkturabkühlung im wichtigen Absatzmarkt China und verschärfen sich die protektionistischen Tendenzen, würde Deutschland als Export-getriebene Wirtschaft darunter besonders leiden. Weitere Risiken gehen von der Politik Donald Trumps aus, der bereits angekündigt hat, im Falle eines

Wachstumschampion im Norden

Indexiert 1991 = 100



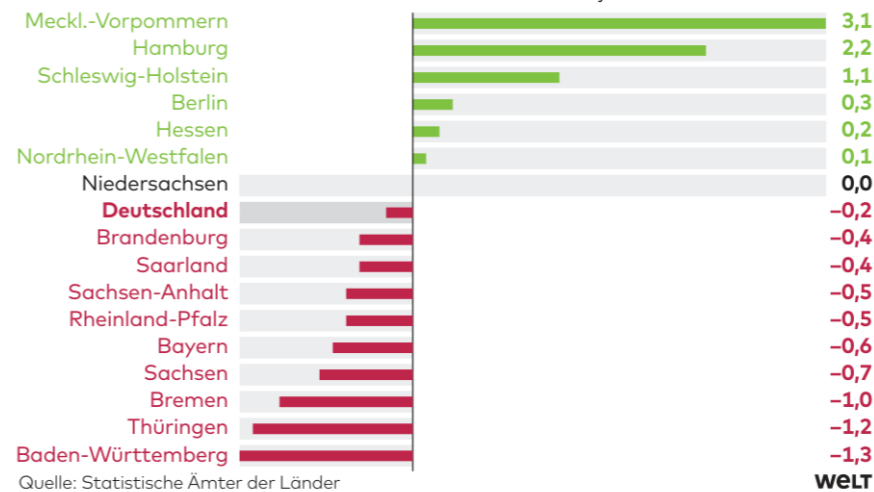
Quelle: Statistische Ämter der Länder

Das Hoch an der Küste zeigt das deutsche Problem

Nur die Regionen im Norden wachsen noch kräftig. Der Rest der Republik leidet bereits unter der Deindustrialisierung

Küstenländer trotz der Krise

Reales Wirtschaftswachstum in Prozent im 1. Halbjahr 2024



Quelle: Statistische Ämter der Länder

Wahlsiegs Importe nach Amerika durch hohe Zölle zu erschweren. Die Amerikaner wählen Anfang November ein neues Staatsoberhaupt. Trump werden gute Chancen eingeräumt, wieder ins Weiße Haus einzuziehen.

Wie auch immer der Welthandel sich entwickelt: Ein großer Teil der Probleme der deutschen Industrie ist hausgemacht. Unternehmen klagen seit Jahren über hohe Energiekosten, erdrückende und teils unsinnige Bürokratie sowie die Schwierigkeit, Fachkräfte zu finden. Im Jahr 2024 jedoch kommt nun Schwäche des Außenhandels als negativer Faktor hinzu. Im Umkehrschluss bedeutet das: Überall, wo das Verarbeitende Gewerbe einen besonders hohen Anteil an der regionalen Wirtschaftsleistung hat, zeigt

der Pfeil beim Bruttoinlandsprodukt nach unten. Genau dies spiegelt sich in den Zahlen zum ersten Halbjahr wieder.

Insgesamt befand sich die Wirtschaft in dem Zeitraum bereits in neun der 16 Bundesländer in der Rezession. Niedersachsen konnte gerade noch die Null beim BIP retten. Die schwächste Performance zeigte Baden-Württemberg mit einem Minus von 1,3 Prozent. Der Südwesten ist die Heimat der Auto-Hersteller Mercedes-Benz und Porsche wie auch des Lkw-Herstellers Daimler Truck. Auch der Zulieferer Bosch ist im „Ländle“ beheimatet. Nicht viel besser sah es in Bayern aus, wo die Wirtschaftskraft um 0,6 Prozent schrumpfte. Der Freistaat steht ebenfalls für Automobile und ihre Zulieferer, darunter BMW und

Audi. Rheinland-Pfalz und das Saarland, die ebenfalls stark industriell geprägt sind, sahen im ersten Halbjahr ein Minus von 0,5 und 0,4 Prozent. Dort fand sich in der ersten Jahreshälfte auch Brandenburg wieder, das im Jahr 2023 noch eine Sonderkonjunktur durch das Tesla-Werk in Grünheide erlebt hatte.

„Bei diesen Unterschieden spielt der Industrie-Anteil eine Rolle“, sagt Oliver Holtemöller, Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): „Je höher die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes, desto niedriger im Großen und Ganzen das Wirtschaftswachstum.“ In Baden-Württemberg steuert die Industrie 31 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei, verglichen mit 22 Prozent im Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: In Mecklenburg-Vorpommern steht das Verarbeitende Gewerbe dagegen nur für 13 Prozent der Bruttowertschöpfung, weniger als halb so viel wie im Südwesten.

Entsprechend hoch ist umgekehrt die Bedeutung des Fremdenverkehrs oder anderer Service-Branchen. „Die aktuelle wirtschaftliche Schwäche in Deutschland hat viel mit der Industrie zu tun, weniger mit den Dienstleistungsbereichen“, sagt Holtemöller, der als Experte für regionale Wirtschaft auch am Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute mitwirkt. Blickt man in die Zukunft, könnte sich die Tendenz aus dem ersten Halbjahr 2024 sogar noch verstärken: Den Industrie-Ländern droht ein weiterer Dämpfer, während die Dienstleistungszentren einigermaßen stabil bleiben dürften. Schließlich kamen die wahren Hiobsbotschaften aus der deutschen Autoindustrie erst im zweiten Halbjahr, zum Beispiel die Aufkündigung des Tarifvertrags bei Volkswagen oder die Prognosesenkungen bei BMW oder Mercedes-Benz. Sie werden sich in den BIP-Zahlen des dritten Quartals oder noch später niederschlagen.

Eine reine Ost-West-Prognose lässt sich aus der Industrie-Krise ohnehin nicht ableiten. Zwar ist der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern oder auch in Berlin gering, dafür sind Sachsen und Thüringen wichtige Produktionsstandorte unter anderem für die Automobilindustrie. „Diese Regionen im Südosten können wegen ihrer Strukturen zu den Industrie- und Autoländern gezählt werden.“

Ganz besonders schlecht sieht die Bilanz für das Saarland aus, wo der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung bei 26 Prozent liegt, also klar über dem Bundesschnitt. Das kleinste Flächenland ist stark von Kfz-Zulieferern geprägt, und bangt darüber hinaus noch um seine Stahlindustrie, die einem fast noch stärkeren Transformationsdruck unterliegt als die Industrie insgesamt. Ebenso wie beim Autobau geht es um die Reduzierung von CO₂-Emissionen, die eine Umstellung auf „grünem Stahl“ erfordern, allerdings.

Allerdings ist die dafür notwendige Wasserstoff-Technik noch nie im großen Maßstab erprobt worden. Von den Kosten des Umbaus ganz zu schweigen. Wenn in Deutschland eine Deindustrialisierung stattfindet, dann lässt sich die am saarländischen Bruttoinlandsprodukt gut ablesen. Um die Inflation bereinigt produziert das Bundesland 2024 weniger Güter und Dienstleistungen als im Jahr 2005 und nur rund ein Siebtel mehr als Anfang der 1990er-Jahre. Mecklenburg-Vorpommern hat seine reale Wirtschaftsleistung seit der Wiedervereinigung dagegen verdoppeln können, ohne große Industriefirmen.

Edding-Aus weckt große Zweifel an der Tattoo-Tinte

Der Hersteller gibt sein Geschäft mit den Spezialfarben für die Haut auf. Es sei technisch nahezu unmöglich den strengen Regeln zu entsprechen, so das Unternehmen

Es ist ein Warnschuss für die Tattoo-Szene. Der Farbspezialist Edding gibt seine ambitionierten Pläne auf, eine besonders sichere Tattoo-Tinte herzustellen. Die Begründung: Es sei nahezu unmöglich, Farben herzustellen, die den verschärften europäischen Chemikalienverordnung Reach entsprechen. Der Schritt weckt Zweifel an der Sicherheit der Produkte insgesamt.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

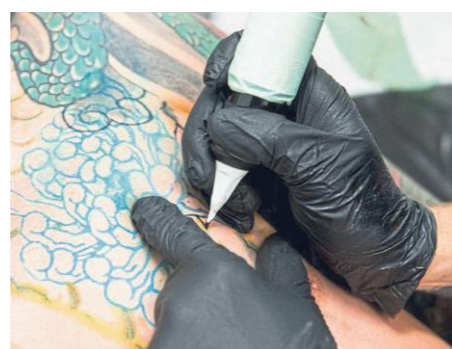
Die Begründung lässt aufhorchen. Die Lieferanten der verwendeten Inhaltsstoffe könnten teilweise nicht garantieren, dass diese so rein seien wie von der EU verlangt, sagte Edding-Chef Per Ledermann WELT: „Dadurch sind wir gezwungen, jede Charge zu testen, was sehr aufwendig und kostenintensiv ist, teilweise fehlen noch Testverfahren für die genannten Grenzwerte. Trotz unserer Tintenentwicklungskompetenz können wir daher nicht sicher sein, die sehr niedrigen Grenzwerte durchgängig

einzuhalten und die Farben in jeder Charge Reach-konform auf den Markt zu bringen.“

Die EU-Verordnung Reach gilt als eine der strengsten Regulierungen von Chemikalien weltweit. Sie verbietet unter anderem ausdrücklich den Einsatz von als krebserregend, fruchtbarkeitsenkend oder hautschädlich eingestuft Stoffe in Tattoo-Farben.

Der Edding-Rückzug kommt überraschend. Denn die Reach-Verordnung ist bereits seit 2022 in Kraft. Seit dem Ende einer Übergangsfrist 2023 sind damit beispielsweise zwei zuvor häufig eingesetzte Blau- und Grün-Farbstoffe verboten. Die EU begründet das mit dem Gesundheitsschutz: Allergien, Unfruchtbarkeit und Krebs seien durch einige Stoffe möglich. „Das Ziel ist nicht, Tätowierungen zu verbieten, sondern Tätowierfarben und Permanent-Makeup sicherer zu machen“, erklärte die Europäische Chemikalien-Agentur ECHA zur Einführung der Regeln. Die deutsche Tattoo-Szene hatte mit Unterschriftenaktionen dagegen mobil ge-

macht – vergebens. Zunächst gab es in der Szene die Befürchtung, nur noch schwarze, graue oder weiße Motive stehen zu dürfen. Inzwischen gibt es jedoch eine Reihe von Anbietern, die Reach-Konformität auch für bunte Farbtöne versprechen – darunter bislang auch Edding. Bereits 2015 hatte das norddeutsche Unternehmen die Entwicklung der Tinte begonnen. Seit 2020 wird die Farbe eingesetzt. Allerdings ist die Tinte des Unternehmens für End-



Ein Mann wird im Tattoostudio der Firma Edding tätowiert

PICTURE ALLIANZ/OP/DANIEL BÖCKWOLDT

kunden bislang kaum verfügbar. Edding nutzt sie bisher nur in einem eigenen Tattoo-Studio in der Hamburger Innenstadt. Dort wurden nach Unternehmensangaben 5000 Tattoos gestochen.

Eigentlich sollte das Studio der Beginn einer größeren Expansion sein. Noch im Jahresbericht aus dem Frühjahr hatte Ledermann angekündigt, bald auch externe Studios beliefern zu wollen. Allerdings gestand der Hersteller das schon ein, bei der Überarbeitung der Farben in Hinblick auf weitere Reach-Verschärfungen hinter dem Zeitplan zurückzuliegen.

Dennoch stellte Edding noch Ende Februar einen neuen Markenauftritt für sein Tattoo-Geschäft vor, aufwendig erarbeitet von einer Berliner Marken-Agentur. Die Herstellung in der eigenen Edding-Fabrik in Bautzen sollte ein starkes Argument für die Kunden sein: Edding versprach, auf zahlreiche möglicherweise gesundheitsschädigende Inhaltsstoffe zu verzichten – darunter auch Konservierungsstoffe. Daher lieferte der Hersteller die Farben in klei-

nen Verpackungen mit jeweils nur 4,5 Millilitern aus, die anders als die üblichen Farben nur für jeweils einen Kunden genutzt werden sollten. Als die EU-Regulierung 2022 in Kraft trat, war Edding damit einer der wenigen Anbieter, die von Anfang an konforme bunte Farben im Sortiment hatten.

Es sei sein Ziel gewesen, die Konsumentensicherheit bei Tattoos durch den Start der eigenen Marke zu erhöhen, sagte Ledermann WELT. „Wir mussten schlussendlich und trotz aller Bemühungen eingestehen, dass wir die Reach-Regularien zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchgängig erfüllen können und keine Perspektive sehen, dass dies für uns in absehbarer Zeit realistisch sein wird. Dies ist insbesondere deswegen sehr schade, da unserer Tinte in Bezug auf Konsumentensicherheit und Qualität ein hohes Niveau bestätigt wurde“, sagte Ledermann.

Er hatte sich zur Eröffnung des Studios vor vier Jahren selbst ein Motiv stechen lassen und betont, die Rezepturen seien bereits auf künftige Reach-

Verschärfungen vorbereitet. Der Vorstoß ins Tattoo-Geschäft war Teil eines Wachstums-Plans, die Marke über die ikonischen Stifte hinaus zu erweitern. Recht erfolgreich gelang das mit Sprühfarbe, eine Nagellack-Linie stellte Ledermann jedoch inzwischen wieder ein.

Edding kam im ersten Halbjahr 2024 auf knapp 78 Millionen Euro Umsatz. Davon macht das Tattoo-Geschäft nur einen niedrigen sechsstelligen Betrag aus. Dennoch schrieb das Geschäftsfeld 2,2 Millionen Euro operativen Verlust. Den Firmenwert und die Kredite für das Studio hat Edding bereits im vergangenen Jahr abgeschrieben. Das börsennotierte Unternehmen kann finanziell also auf die Herstellung der Tattoo-Farben verzichten – anders als spezialisierte Hersteller. Diese dominieren den Markt und haben ihren Ursprung oft in der Szene. Mehrere dieser Marken sichern zu, Reach einzuhalten. Der Bundesverband Tattoo geht davon aus, dass diese Tinten zwar deutlich teurer als vor der Regulierung sind – aber regelkonform und sicher.